Privates Internatsgymnasium Schloß Torgelow
Schloßallee 1
17192 Torgelow am See

Facharbeit
im Fach
Sozialkunde

Klasse 10c
2004/2005

Betreuende Lehrerin: Frau Hörl

Der Omnibus für direkte Demokratie in Deutschland

die Idee, die Ziele, die Umsetzung und die Erfolgsaussichten eines Projektes

Lavinia Rosen
Sonnenau 21
22089 Hamburg

Inhaltsverzeichnis

I. Einleitung

II. Hauptteil

1. Demokratie
1.1 Was ist Demokratie? 4
1.2 Was ist Direkte Demokratie? 4
1.3 Demokratie in Deutschland 5
1.4 Direktdemokratische Elemente auf Landes- und Kommunalebene 5

2. Die Idee
2.1 Die Idee der Direkten Demokratie von Beuys 6
2.2 Die Entstehung des Omnibus für Direkte Demokratie in Deutschland 8
2.3 Die Motivation und die Problematik 10

3. Die Ziele
3.1 Der Gesetzentwurf 11
3.1.1 Themen 11
3.1.2 Volksinitiative 11
3.1.3 Volksbegehren 11
3.1.4 Unterschriftensammlungen 12
3.1.5 Volksentscheide 12
3.1.6 Verfassungsänderung 12
3.1.7 Information und Zeitraum 12
3.1.8 Abstimmungsklausel 12
3.2 Die Volksabstimmung 13
3.2.1 Die Vorteile 15
3.2.2 Die Nachteile

4. Die Umsetzung
4.1 Die tägliche Straßenarbeit 17
4.2 Die Förderung 18
4.3 Praktikum für Schüler 18
4.4 Eigene Erfahrungen als Praktikantin 19

5. Die Erfolgsaussichten
5.1 Die bisher erzielten Erfolge 20
5.1.1 „Mehr Demokratie in Bayern“ 20
5.1.2 „Faires Wahlrecht für Hamburg 21
5.2 Laufende Aktion 22

III. Fazit 24

IV. Anlagen

1. Quellenverzeichnis 25
2. Selbstständigkeitserklärung 26

Seitennummer

I. Einleitung

Das Thema meiner Facharbeit ist „Der Omnibus für Direkte Demokratie in Deutschland“ - die Idee, die Ziele, die Umsetzung und die Erfolgsaussichten eines Projektes.
Vor ein paar Jahren, ich weiß nicht mehr genau wann und wie, trat der Omnibus in mein Leben und war plötzlich da. Erst habe ich ihn gar nicht bemerkt, aber dann tauchte er immer öfter in meinem Bewusstsein auf und wurde thematisiert bei Gesprächen am Essenstisch.
Meine Mutter hatte im Vorfeld schön öfters vom Omnibus gehört, bis sie ihn endlich einmal in der Einkaufsstrasse gesehen hatte. Es hört sich vielleicht etwas übertrieben an, aber ich würde sagen, dass diese Begegnung meine Mutter verändert hatte. Sie hatte etwas gefunden, das sie absolut befürwortet und unterstützen wollte. Anfangs wollte ich nicht mitkommen, wenn der Omnibus irgendwo in Hamburg war und meine Mutter ihn besuchen wollte. Leider kann ich mich nicht erinnern, wann und wie ich den Omnibus zum allerersten mal gesehen habe, aber ich weiß noch, dass ich die Menschen sehr sympathisch fand und mir die Idee der Volksabstimmung einleuchtete und sofort zusagte.
In den Sommerferien 2004 habe ich dann für 10 Tage ein Praktikum auf dem Omnibus gemacht und ihn nach Sylt begleitet. Das war ein prägendes Erlebnis, an das ich mich gerne zurück erinnere.
Ich finde der Omnibus für Direkte Demokratie in Deutschland ist eine ganz tolle Sache und möchte mit dieser Facharbeit mich selber eingehender mit der Idee beschäftigen, die Frage, ob wir Volksabstimmung brauchen beantworten und die Direkte Demokratie ins Gespräch bringen.

privates Foto 2004

1. Demokratie

1.1Was ist Demokratie?

Demokratie bedeutet aus dem Griechischen übersetzt „Herrschaft des Volkes“ und ist eine Form der politischen Gesellschaftsordnung, die von der Freiheit und Gleichheit aller Bürger ausgeht und die Willensbildung des Staates vom Willen des gesamten Volkes ableitet. Abraham Lincoln (1809-65) beschrieb die Demokratie so: „Regierung des Volkes durch das Volk für das Volk.“ Grundbestandteile einer Demokratie sind allgemeine, freie, geheime in einem regelmäßigen Abstand stattfindende Wahlen, die Verteilung der drei Hauptaufgaben der staatlichen Machausübung (Legislative, Exekutive, Judikative) auf voneinander unabhängige Organe (Gewaltenteilung) und die Sicherung der Grundrechte. Alle Staatshandlungen müssen mit der Mehrheit des Volkswillens sowie mit der Verfassung und den Gesetzen übereinstimmen. In einer Demokratie muss die Minderheit als Opposition ungehindert zu Wort kommen dürfen. Weitere Vorraussetzungen einer Demokratie sind, dass ein Regierungswechsel mit friedlichen Mittel (Neuwahlen) gesichert ist, dass Minderheiten durch Gesetze geschützt sind und dass die Organe der öffentlichen Meinungsbildung (Medien) vom Staat unabhängig sind.
In der repräsentative, mittelbaren Demokratie überträgt das Volk seine Entscheidungsbefugnisse durch Wahlen an Abgeordneten als Volksvertretung. Diese soll dann im Auftrag des Volkes Gesetzte beschließen und bildet meistens auch die Regierung. In der parlamentarischen Demokratie braucht die Regierung das Vertrauen der Volksvertretung und wird auch von dieser kontrolliert. In der Präsidialdemokratie wählt das Volk einen Staatspräsidenten und dieser ernennt die Regierung.
Die ersten demokratischen Verfassungen gab es schon in der griechischen Antike (in Athen ca.508 v.Chr.). Übers Mittelalter hinaus galt die Demokratie als nachteilige und instabile Herrschaftsform. Erst mit der Unabhängigkeitserklärung und der „Erklärung der Menschen- und Bürgerrecht“ der USA 1776 wurde der Gedanke der Demokratie umfassend und dauerhaft verwirklicht.

1.2Was ist Direkte Demokratie?

Direkte Demokratie ist eine Form der Demokratie bei der das Volk, als eigentlicher Träger der Staatsgewalt (Volkssouveränität) seinen Willen in Mehrheitsentscheidungen bekundet, auch unmittelbare Demokratie genannt. Politischen Entscheidungen werden von allen stimmberechtigten Bürgern über Volksentscheide abgestimmt. Das Ziel der Direkten

Demokratie ist es, den Volkswillen so unverfälscht wie möglich in politische Entscheidungen münden zu lassen. Es gibt zwei Varianten der direkten Demokratie: 1. die Bestrebung des Rätesystems und 2. das Modell der Direkten Demokratie in der Schweiz, in diesem Modell existieren direktdemokratische (Volksabstimmung) wie auch repräsentative (Parlament) Elemente, deswegen wir sie auch halbdirekte Demokratie genannt. (vgl. http://www.bpb.de/wissen/GCPPG8,0,0,Direkte_Demokratie.html)

1.3Demokratie in Deutschland

Artikel 20 des deutschen Grundgesetzes

[Staatsstrukturprinzipien; Widerstandsrecht]

(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.

(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.

(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.

(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

Die Demokratie in Deutschland ist eine repräsentative Demokratie, weil alle 4 Jahre das Volk seine politischen Vertreter wählt. Diese bilden die Volksvertretung (der Bundestag), die das einzige demokratisch gewählte Verfassungsorgan ist.

1.4 Direktdemokratische Elemente auf Landes- und Kommunalebene

In Deutschland gibt es seit den 90er Jahren auf Landes- und Kommunalebene flächendeckend die Möglichkeit von Volksentscheiden. Das Verfahren der direkten Demokratie ist dreistufig geregelt, wobei die Fristen und Quoren unterschiedlich sind.

1. Antrag auf Volksbegehren/ Volksinitiative: Zuerst müssen die Bürger einen Antrag auf Volksbegehren stellen. In einigen Ländern beraten und entscheiden schon auf dieser Stufe die Politiker im Parlament über den Antrag. Dann wird von Volksinitiative gesprochen. Die rechtliche Zulässigkeit wird auch auf dieser Stufe geprüft.

2. Volksbegehren: Der zweite Schritt ist das Volksbegehren. Die Mindestanzahl von Unterschriften (Quoren) ist von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich. Erst wenn das Volksbegehren erfolgreich war, kommt es zum letzten Schritt.

3. Volksentscheid: Bei einem Volksentscheid reicht nicht wie bei Wahlen eine einfache Mehrheit aus. Die Zustimmungsquoren sind in den Länder unterschiedlich und ein bestimmter Prozentsatz der Wahlberechtigten muss für die Initiative stimmen, d.h. auch wer nicht abstimmt gibt seine Stimme indirekt gegen die Initiative ab. (vgl. Mehr Demokratie e.V. , 2003, Seite 31)

In der Praxis scheitern viel Initiativen an den hohen und unfairen Hürden, sodass es bis 2002 auf Landesebene nur zu 10 Volksentscheiden gekommen ist:

Bundesländer	***Einführung***	***Volksinitiative***	***Volksbegehren***	***Volksentscheide***
Bayern	1946	32	13	**5**
Baden-Württemberg	1947	4	0	0
Berlin	1995	4	1	0
Brandenburg	1992	19	6	0
Bremen	1947	9	3	0
Hamburg	1996	9	2	**2**
Hessen	1946	4	1	0
Mecklenburg-Vorpommern	1994	14	0	0
Niedersachsen	1993	6	2	0
Nordrhein-Westfalen	1950	9	2	0
Rheinland-Pfalz	1947	3	1	0
Saarland	1979	2	0	0
Sachsen	1992	9	3	**1**
Sachsen-Anhalt	1992	1	1	0
Schleswig-Holstein	1990	10	3	**2**
Thüringen	1994	4	3	0
Summe		139	41	**10**

(Praxis: Volksbegehren und Volksentscheide bis 2002, Mehr Demokratie, 2003, Seite 35)

2. Die Idee

2.1 Die Idee der Direkten Demokratie von Beuys

Joseph Beuys (1921-1986) war ein Künstler. Er übertrug den Begriff Kunst auf Lebens- und Arbeitsbereiche, auch auf die Gesellschaft. Er erweitere den Kunstbegriff sozusagen, deswegen heißt der von ihm geprägte Kunstbegriff „erweiterter Kunstbegriff“. Das große Kunstwerk des „erweiterten Kunstbegriff“ ist die „Soziale Plastik“. Die Soziale Plastik „ist die Übertragung von subjektiver Kreativität im Sinne der Plastischen Theorie auf die

Gesellschaft. Die Soziale Plastik orientiert sich am Gesetz der Plastischen Theorie.“ (Hiltrud Oman, 1998, Seite 86) Bei der „Sozialen Plastik“ geht es um ein Kunstwerk für alle Menschen von allen Menschen, sodass die Kreativität von jedem gefragt ist. So wie ein Künstler zum Zeichnen eines Bildes als Instrument einen Stift braucht, so ist das Instrument zur Herstellung der „Sozialen Plastik“ die Volksabstimmung.

(www.bedburg-hau.de/moyland/14-e.htm)

> „Der »erweiterte Kunstbegriff« meint die »soziale Kunst«, d.h. die **unter Einschluß eines jeden Menschen** auf **die menschengemäße Gestaltung** des sozialen Organismus bzw. auf die Umgestaltung **der vor gegebenen Systeme** gerichtete Aktivität. »Soziale Kunst« ist also die Aktionskunst, die jeden Menschen in Bezug auf seine Verantwortung für das soziale Ganze »in die Pflicht ruft«. Es geht darum, einen Weg zu finden, Kapitalismus und Kommunismus zu überwinden und die »Freiheitsgestalt des sozialen Organismus« zu verwirklichen.“
> (http://www.muenster.org/kantgym/alte-hp/projekt/p-ffg/p-ffg06.htm)

Für Beuys bedeutet Kunst gleichzeitig Freiheit, denn in keinem Bereich ist der Mensch so frei wie in der Kunst und jeder Mensch strebt nach Freiheit. „Freiheit in der Kunst bedeutet gleichzeitig Freiheit des Lebens, denn Beuys geht es darum, im Leben kreativ zu sein.“ (Hiltrud Oman,1998, Seite109) Freiheit bedeutet Selbstbestimmung. Bei der Volksabstimmung kann jeder frei und selbst entscheiden. „Es geht darum, ein Organ zu schaffen, durch welches die Gesamtbürgerschaft als entscheidende Instanz für die Rechtsgestaltungen handelnd in Erscheinung treten kann. Das Gesetzgebungsmonopol des parteienstaatlichen Parlamentarismus soll gebrochen, Gesetzesinitiativen aus der Mitte des Volkes und verbindliche Abstimmungen darüber sollen ermöglicht werden.“ (http://www.muenster.org/kantgym/alte-hp/projekt/p-ffg/p-ffg06.htm). Deswegen gründete 1972 Beuys “Die Organisation für direkte Demokratie durch Volksabstimmung“ mit einem ständig besetzten Büro in Düsseldorf, wo jeder hinkommen, sich informiere und auch etwas Geschriebenes mitnehmen konnte.

2.2 Die Entstehung des Omnibus für Direkte Demokratie in Deutschland

Eine Mitarbeiterin in diesem Düsseldorfer Büro der „Organisation für direkte Demokratie durch Volksabstimmung“ war Brigitte Krenkers. 1987, ein Jahr nach dem Tod von Beuys, kam sie auf die Idee mit Hilfe eines Omnibusses die Idee der direkte Demokratie durchs Land zu fahren und mit den Menschen auf der Straße ins Gespräch zu kommen.

> „Wenn ich danach gefragt werde, wie es zu dem Omnibus kam, dann ist es mir oft selber ein Rätsel. Sicher ist, daß ich im Mai 1987 eines morgens in meinem Bonner Volksentscheids-Büro aufwachte und wußte, ich muß einen Omnibus für Volksabstimmung machen und dahin fahren, wo die Menschen sind. Es nutz nichts, hier im Büro zu sitzen und Rundschreiben und Flugblätter zu verfassen. Das Gespräch von Mensch zu Mensch, die Begegnung. Wir sind der Souverän in der Demokratie, d.h. wir alle miteinander müssen ins Gespräch kommen, uns abstimmen, wie wir die Zukunft gestalten wollen.“ (Brigitte Krenkers, 2001, Seite 46)

Omnibus bedeutet auf Latein für alle, durch alle, mit allen. Wenn das nicht passend ist?!
So kam es, dass der OMNIBUS FÜR DIREKTE DEMOKRATIE IN DEUTSCHLAND am 14.September 1987 auf der ducumenta 8 in Kassel eröffnet wurde. Dort stand acht Tage lang der ehemalige Berliner Doppelstockbus zwischen der ersten und letzten Eiche der Skulptur „7000 Eichen“ von Joseph Beuys. Von da an war der blaue Omnibus sieben Jahre in ganz Deutschland unterwegs und macht an 737 Stationen halt. 1988 gab es sogar einen Versuch zu einer Beuysaustellung nach Ostberlin rüberzufahren, der allerdings ohne Begründung abgelehnt wurde. Der Bus war mit der Zeit älter geworden, sodass er am 14. September 1994, genau 7 Jahre nach der Eröffnung, das letzte Mal fuhr und zwar nach Paris vor zu einer Beuys-Retrospektive. Jetzt steht der blaue Omnibus im Erfahrungsfeld Schloß Freudenberg in Wiesbaden, aufgesockelt und von sieben Bienenvölkern bewohnt und im Inneren liegen über eine Million gesammelte Unterschriften.

www.omnibus.org

Claudine Nierth, die schon im Sommer 1988 den blauen Omnibus nach Sylt eingeladen hatte, initiierte den zweiten, den weißen OMNIBUS FÜR DIREKTE DEMOKRATIE IN DEUTSCHLAND. Dieser begann seine Fahrt im Oktober 2000 um in Thüringen das Volksbegehren „Mehr Demokratie in Thüringen“ erfolgreich zu unterstützen. Nach einer Winterpause startete er dann am 3.Mai 2001 in Berlin um Unterschriften für die

bundesweite Volksabstimmung zu sammeln. Begleitet wurde der Start mit der Aktion den weißen Omnibus mit Hilfe eines Kranes im Himmel über dem Schlossplatz in Berlin schweben zu lassen. Jetzt fährt er schon seit vier Jahren neun Monaten im Jahr durch ganz Deutschland und bringt die Idee der direkten Demokratie ins Bewusstsein der Menschen.

www.omnibus.org

Die Anzahl der gesammelten Unterschriften (mehrere Millionen) ist nicht so wichtig, höchstens um den Politikern zu zeigen, dass das Volk für Volksabstimmung ist. Viel wichtiger ist die Kontinuität mit der der Omnibus durchs Land fährt. Jana Li, die erste Praktikantin auf dem Omnibus, beschrieb das einmal sehr treffend:„Viele Menschen sehen den OMNIBUS in ihren Städten. Wenn sie ihn zum ersten Mal sehen, finden sie vielleicht nicht die Zeit oder den Mut, auf ihn zuzugehen. Wenn sie ihn dann vielleicht ein Jahr später wiedersehen, platzen sie fast vor Neugierde, denn die Fragen: „Was ist das?“ – „Wer ist das?“ – „Warum?“ leuchten ihnen förmlich aus den Augen. Darum ist es auch so wichtig, daß die Arbeit des OMNIBUS Kontinuität und Beständigkeit hat, damit möglichst viele Menschen erreicht werden.“

Der richtige Name ist eigentlich: OMNIBUS - Gemeinnützige GmbH für Direkte Demokratie. Es handelt sich also um ein Unternehmen, das „vom Finanzamt Düsseldorf als besonders förderungswürdig und gemeinnützig anerkannt [ist]“ (Thomas Mayer, 2001, Seite 78).

Für alles im Leben braucht man Geld, so auch für den OMNIBUS FÜR DIREKTE DEMOKRATIE.

www.omnibus.org

Der erste Omnibus wurde von Parteien, Stiftungen und Künstlern finanziert und wenn mal kein Geld da war, konnte der Bus nicht fahren. Ihm fehlte also die Kontinuität. Das sollte beim weißen Bus anders sein. Er sollte dauerhaft fahren können, allerdings sollte er nicht von Interessenverbänden, Parteien oder ähnlichem unterstützt werden. Das ist ja genau der Grund weshalb die Parteien nicht im Sinne des Volkes, sondern im Sinne ihrer Geldgeber handeln. Der Omnibus will genau das Gegenteil sein. Er ist sozusagen ein Bürgerorgan im Auftrag der Bürger, für die Bürger, also sollten im Idealfall auch alle dafür aufkommen. Die Idee eines Förderkreises passte da am besten (mehr dazu siehe 4. Umsetzungen).

2.3. Die Motivation und die Problematik

Viel Menschen sind unzufrieden mit der derzeitigen Situation in Deutschland, wissen aber nicht wie sie konstruktiv etwas verändern können. Wenn diese Menschen den Omnibus kennen lernen, ist es wie ein Erwachen. Die Lösung der Probleme liegt gar nicht so fern. Jeder, der sich mal mit dem Sinn der Demokratie beschäftigt, stellt ganz schnell fest, dass in der Demokratie in Deutschland etwas fehlt. Demokratie hat zwei Standbeine: Wahlen und Abstimmungen. Mit Wahlen gibt das Volk seine Macht an Parteien ab, die stellvertretend im Namen des Volkes handeln sollen. Aber Gewissensfragen dürfen nicht stellvertretend entschieden werden. Jeder muss das Recht haben über strittige Themen entscheiden zu können, denn woher sollen denn die Politiker wissen, was die Mehrheit des Volkes befürwortet. In unseren Nachbarländern zum Beispiel wurde teilweise über die Einführung des Euros abgestimmt. Die Deutschen aber konnten sich nicht wider oder für den Euro entscheiden. Bei Wahlen geht es mehr um die Macht einzelner Parteien, aber Abstimmungen haben nichts mit einer Machtverteilung zu tun.

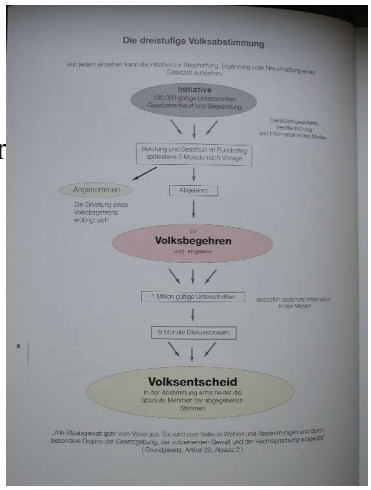
Verschiedene Befragungen haben ergeben, dass ca. über 80 % der Bevölkerung für Volksabstimmung sind. Aber die Bürger müssen ihr Recht auf Abstimmungen selber von unten einklagen, denn die Politiker haben wenig Interesse ihre Macht abzugeben und die Volksabstimmung einzuführen.

Das Problem ist, dass dem OMNIBUS FÜR DIREKTE DEMOKRATIE die Öffentlichkeit und Popularität fehlt. Kein Fernsehsender hat mal über den Omnibus berichtet, keine größere Zeitung, obwohl doch so viele Menschen Interesse an der direkten Demokratie haben, wissen es die Aufsichtsräten der Medien zu verhindern, weil diese mit den Parteien zusammen arbeiten. Der Omnibus hat aber nur begrenzte Mittel und kann keine Werbung machen, seine einzige Form von Werbung ist seine einzigartige Ausstrahlung und die Von-Mund-zu-Mund-Verbreitung.

3. Die Ziele

3.1 Der Gesetzesentwurf

Wie schon erwähnt (1.3) besagt das Grundgesetz, dass die Staatsmacht vom Volk in Wahlen und Abstimmungen ausgeübt wird. Wir können aber nur alle 4 Jahre wählen und nicht auf Bundesebene abstimmen, weil ein Durchführungsgesetz für Volksabstimmungen fehlt. Einen solchen Gesetzentwurf hat die Initiative „Mehr Demokratie e.V.“ ausgearbeitet, dieser sieht ein dreistufiges Verfahren vor.



Omnibus, 2001, Seite 6

3.1.1 Themen

Jeder Bürger kann einen Gesetzentwurf erarbeiten, sodass über alle Sachfragen in Form eines Gesetzentwurfes abgestimmt werden kann. Ein Ausschluss von Themen findet nicht statt. Allerdings muss der Gesetzentwurf dem Grundgesetz und den Menschenrechten entsprechen. So darf auch über Finanzen und Steuern abgestimmt werden. Änderungen des Grundgesetzes und die Abgabe von Souveränitätsrechten an internationale Organisationen – z.B. die Europäische Union – müssen dem Volk automatisch zur Entscheidungen vorgelegt werden.

3.1.2 Volksinitiative

Die Volksinitiative, mit 100.000 Unterschriften unterstützt, ist die erste Stufe der Volksgesetzgebung. Die Bürgerinitiative bringt ihren Gesetzentwurf in den Bundestag ein und das Parlament hat somit die Möglichkeit ein Anliegen der Bürger frühzeitig zu erkennen und es zu behandeln. Nach Anhörung der Bürgerinitiative kann der Bundestag den Gesetzentwurf annehmen oder ablehnen. Wenn der Bundestag ablehnt, tritt die zweite Stufe in Kraft:

3.1.3 Volksbegehren

Mit dem Volksbegehren beginnt ein wichtiger Schritt der öffentlichen Meinungsbildung über Zeitung und Medien. Die Bürger erfahren von dem Gesetzentwurf der Bürgerinitiative und beschäftigt sich mit Pro und Contra des Anliegens. Eine Unterschrift im Volksbegehren bedeutet allerdings noch keine Stellungnahme für oder wider das Thema, sondern sagt nur aus, dass die die eine Unterschrift abgeben das Thema für wichtig genug halten, dass es der Allgemeinheit zur Abstimmung vorgelegt werden soll. Sechs Monate nach Einreichung der Initiative kann ein Volksbegehren eingeleitet werden. Die Höhe des Quorums beträgt 1 Mio. Unterschriften in einem Zeitraum von 6 Monaten.

Sonderfalle können sein, dass über bereits getroffene Parlamentsbeschlüsse abgestimmt wird. Ein solcher Fall bedarf schnelles Handeln und deswegen, entfällt dann die Initiative, das Quorum wird auf eine halbe Million begrenzt und die Frist auf drei Monate halbiert. So können umstrittene Entscheidungen des Bundestages den Bürgern im Nachhinein zum Volksentscheid vorgelegt werden.

3.1.4 Unterschriftensammlungen

Die Initiativen muss die Möglichkeit haben die Unterschriften selber zu sammeln, z.B. an Infoständen und so das Gespräch aufbauen, informieren und am eigenen Erfolg arbeiten kann. In vielen Bundesländern ist diese frei Sammlung von Unterschriften verboten und somit sind einige benachteiligt. Am besten wäre es wenn die Unterschriften frei gesammelt werden können und zusätzlich in den Ämtern Unterschriftenlisten ausliegen.

3.1.5 Volksentscheid

Ist ein Volksbegehren erfolgreich, kann der Volksentscheid nur entfallen, wenn das Parlament den Gesetzentwurf ohne Änderung aufnimmt. Passiert dies nicht findet die Abstimmung frühestens vier, spätestens zwölf Monate nach dem Ende des Volksbegehrens statt. Diese Frist ist flexibel, damit sie mit anderen Entscheidungs- oder Wahltermin zusammengelegt werden kann. Außerdem kann das Parlament einen Alternativvorschlag zum Volksentscheid vorlegen, dieser soll die Entscheidung mit einer inhaltlichen Alternative bereichern und die Starrheit einer reinen Ja/Nein Entscheidung zu umgehen. Bei der Abstimmung entscheidet dann die Mehrheit der abgegebenen Stimmen.

3.1.6 Verfassungsänderungen

Wenn ein Volksbegehren allerdings die Verfassung ändert, müssen doppelt so viele Unterschriften, d.h. 2 Millionen, gesammelt werden. Beim Volksentscheid entscheidet dann aber wieder die Mehrheit.

3.1.7 Information und Zeitraum

Vor dem Volksentscheid erhält jeder Haushalt nach Schweizer Vorbild eine Broschüre, in der alle Pro und Contra Argumente in gleichem Umfang aufgeführt sind, um sicherzugehen, dass die Bürger ausgewogen informiert sind.

Rund eineinhalb Jahre sind für die drei Stufen Volksinitiative, -begehren und -entscheid nötig. Dieser große Zeitraum stellt sicher, dass die Entscheidungen nicht kurzfristigen Emotionen zu Grunde liegt.

3.1.8 Abstimmungsklausel

In vielen Bundesländern gibt es eine Abstimmungsklausel die besagt, dass min 25 oder sogar 50 % der Stimmberechtigten (nicht der Abstimmenden!) ihre Stimme für ein

Volksentscheid abgeben müssen, damit der Gesetzentwurf übernommen wird. Das ist absolut unfair, denn so werden auch Enthaltungen als eine Nein-Stimme gewertet und obwohl die Mehrheit der Abstimmenden zwar mit Ja stimmt, gewinnt der Gegner, weil das Quorum nicht erreicht wurde. Bei einer Abstimmung sollen nur die Bürger bestimmen, die abstimmen! Aus diesem Grund gibt es für diesen Gesetzentwurf keine Abstimmungsklausel.

3.2 Die Volksabstimmung (Plebiszit)

„Abstimmung der stimmberechtigten Staatsbürger über Sachfragen, im Unterschied zur Wahl, die sich auf eine Personalentscheidung bezieht.“ (Schülerduden Politik und Gesellschaft, 2001, Seite 424) Viele Menschen sind der Volksabstimmung gegenüber sehr kritisch, deswegen erörtere ich im folgenden Teil die Vorteile und vermeintlichen Nachteile und Gegenargumente.

3.2.1 Vorteile

Die Staatsgewalt soll von den Bürgern und Bürgern ausgehen. Das passiert allerdings nur in Form von Wahlen alle 4 Jahre. Das Volk gibt seine Souveränität ab und was dann die Parteien mit ihrer Macht beschließen, können die Bürger nicht weiter bestimmen. Mit Volksabstimmungen können die Bürger ihre Interessen viel differenzierter vertreten unabhängig davon was die Parteien über das jeweilige Thema denken.

Durch Volksabstimmungen werden Bürger viel besser informiert, denn im Vorfeld von Volksabstimmungen kommt es über die Medien zu einer breiten Diskussion. In Dänemark und Irland zum Beispiel wissen die Menschen besser über Europa Bescheid als in Deutschland, denn sie haben darüber abgestimmt.

Es kommt zu Reformstau und hohen Kosten, weil gute Ideen oft an Parteien, Politikern und Parlament abprallen. Volksabstimmungen machen Druck für notwendige Reformen. Bürger selber können die Politik vorantreiben und ihre Kompetenz zum Wohl der Gemeinschaft nutzen. Leider kommen viele der Initiativen nicht zum Ziel, weil Amts- und Mandatsträger verbindliche politische Entscheidungsrechte besitzen.

Volksabstimmungen bremsen Politik die gegen den Bürgerwillen ist. In der Schweiz zum Beispiel achten die Politiker darauf, dass sie eine Politik im Sinne des Volkes machen, denn sie wissen, wenn sie den Wählerwillen missachten, kommt es zum Volksentscheid.

Die Mensch werden immer mehr desinteressierter an Politik, weil sie nicht die Möglichkeit haben etwas mitzubestimmen, so resignieren sie und die Wahlbeteiligungen sinken. Dabei wollen laut Umfragen ca. 80% der Deutschen die Volksabstimmung, denn dieses

Instrument der Mitbestimmung hat nichts mit den einzelnen Parteien zu tun, sondern fragt jeden einzelnen selbst nach seiner persönlichen Meinung. Die Bürger interessieren sich mehr für Politik, wenn sie etwas bewegen und verändern können.
Heutzutage getroffene Entscheidungen sind weitreichend für die Zukunft. Es werden Dinge beschlossen, die auch noch unsere Kinder und Enkel betreffen werden, zum Beispiel Atomenergie, Klimaschutz, Renten und Gesundheitsvorsorge. Keiner kann die Folgen voraussehen, deswegen darf es nicht in der Verantwortung der jeweiligen Regierung liegen solche weitreichenden Entscheidung zutreffen, sondern das Volk muss die Verantwortung tragen und selber entscheiden.
Volksabstimmungen sind auch gut für die Opposition, denn legt eine Initiative ein Gesetzvorschlag vor, kann das ganze Parlament in Konkurrenz zu der Initiative einen eigenen Vorschlag vorlegen und so kann die Opposition auch zwischen den Wahlen aktiv Politik machen.
Alle politischen Entscheidungen betreffen die Menschen, also wäre es nur fair, wenn die Menschen selber über sich entscheiden könnten. Durch Volksentscheide fühlen sich die Menschen mehr ernst genommen, dadurch das sie nach ihrer Meinung gefragt werden. Dadurch wird ihr politisches Interesse geweckt, ihr politisches Verständnis gefördert und sie engagieren sich stärker.
Unterschiedliche Menschen denken unterschiedlich und haben unterschiedliche Ideen zu Problemlösungen. Dadurch das diese Menschen die Möglichkeit haben ihre Ideen vorzustellen, kommt es zu Diskussionen und Ideen werden aus verschiedenen Seiten durchdacht, von anderen Ansichtspunkten, sie stehen sozusagen im Wettbewerb und können sich aber auch gegenseitig befruchten. Jeder Vorschlag der Politiker kann hinterfragt werden und keiner kann sich mehr auf seiner Machposition ausruhen. Politik lässt sich auch mir der Wirtschaft vergleichen, denn auch in der Politik steigert/ verbessert Wettbewerb die Ergebnisse.
Viele Menschen möchten gerne ihre Meinung zu politischen Entscheidungen Luft machen, haben aber nicht die Möglichkeit eines demokratischen Protest und diese Energie schlägt dann in Gewalt um, so zum Beispiel die Demonstrationen, Ausschreitungen und belagern der Gleise rund um die Castor- Transporte. Die Bürger wollen nicht mit leeren Worten abgespeist werden, sondern ihre Interessen berücksichtigt sehen. Probleme müssen mit den Betroffenen diskutiert werden und dürfen nicht einfach nur von den Politikern alleine „gelöst“ werden.
Entscheidungen die das Volk selber getroffen hat, werden eher akzeptiert, als die von

Regierung oder Parlament, denn per Volksentscheid getroffene Maßnahmen stoßen eher auf Verständnis, da das Volk selber Einfluss nehmen konnte.
Alles ist in einem ständigem Fluss und entwickelt sich weiter, auch die Gesellschaft hat sich weiter entwickelt. Die Menschen sind gebildeter und durch Medien politisch informierter als noch vor vierzig Jahren. Auch die Demokratie muss sich weiter entwickeln. Die Demokratie hat zwei Standbeine: Wahlen und Abstimmungen und seit über vierzig Jahren hüpft die deutsche Demokratie auf einem Bein rum. Das muss sich ändern damit wir standhaft und sicher in die Zukunft gehen können. (vgl. Mehr Demokratie e.V., 2003, Seite 10 f)

3.2.2 Nachteile

Ein häufiges Argument gegen die Volksabstimmung ist, das Volk habe nicht genügend Intelligenz, sein dumm, nicht kompetent genug, und die Themen seien viel zu komplex, aber die Geschichte zeigt, dass das Volk allerdings zu politischen Entscheidungen fähig ist. Im Vorfeld von Volksentscheiden kommt es zu ausgiebigen Diskussionen und so hat jeder die Chance sich seine eigene Meinung zu bilden im Gegensatz zu Wahlen. Denn bei Volksentscheiden geht es um ein Thema und bei Wahlen werden meist nur mehrere Themen oberflächlich behandelt und im Vordergrund steht die Wahl von Personen. Auch Abgeordnete sind nicht über jedes Thema ausreichend informiert und entscheiden meist aus Fraktionszwang. Die Bürger kennen keinen Fraktionszwang und entscheiden nach ihrer eigener Meinung. Außerdem schlägt der Gesetzentwurf auch ein Abstimmungsheft mit leicht verständlichen Pro- und Contra-Argumenten für jeden Haushalt vor, was zusätzlich zur eigenen Meinungsbildung beiträgt.
Das Bedenken das Volk sei leicht zu manipulieren ist nicht ganz von der Hand zu weisen, allerdings ist Manipulation ein Problem der gesamten Demokratie. Die parlamentarische Demokratie ist sogar leichter zu manipulieren als die Direkte Demokratie, denn Lobbygruppen haben großen Einfluss auf das Parlament und deswegen sind große Verbände auch gegen die Direkte Demokratie, weil sie ihre Interessen einfacher im Parlament durchsetzen können. Die Diskussionen im Vorfeld und das ausgewogene Abstimmungsheft tragen zu einer sachlichen Abstimmung bei. Im Gegensatz zu den USA sind in Deutschland politische Werbespots in TV und Radio verboten und so entfällt auch ein weiteres Manipulationsmittel. Das Beispiel Schweiz zeigt, dass Volksentscheide zu einer Versachlichung der öffentlichen Diskussion führen und auch die Medien erstaunlich ausgewogen berichten.
Beispiele aus der Schweiz und den USA haben leider gezeigt, dass es auch

Volksentscheide gab, die Minderheiten, z.B. Ausländer diskriminieren. Allerdings entscheidet das Volk nicht weniger minderheitenfeindlich als das Parlament. Oft genug verletzten Politiker die Rechte von schwächeren Gruppen. Jeder Gesetzentwurf wird vor dem Volksbegehren kontrolliert, ob er gegen das Grundgesetz verstößt und bei Unklarheiten wird jeden Initiative vom Bundesverfassungsgericht geprüft. So hat die Direkte Demokratie einen eigenen Schutzmechanismus.
Die Behauptungen mit Volksentscheiden könnten Minderheiten ihren Willen der Mehrheit aufzwingen, sind total unberechtigt. Jeder Stimmberechtigte hat die Chance sein Stimme abzugeben. Wenn ihm das Thema ein Anliegen ist, wird er das auch bestimmt tun und wer seine Stimme verfallen lässt, tut das aus freier Entscheidung. Wer nicht abstimmen will, der muss auch nicht. Die Schweiz zeigt, dass auch Volksentscheide mit einer geringen Beteiligung akzeptiert werden, denn für die Menschen zählt, dass jeder die Möglichkeit hatte mitzumachen.
Ein Nachteil von direktdemokratischen Verfahren ist, dass sie länger dauern als parlamentarische. Aber dieser längere Zeitraum ist auch notwendig für die drei Stufen der Direkten Demokratie, zum Unterschriften Sammeln und für die öffentliche Diskussion. Die politische Beteiligung der Menschen und die größere Akzeptanz von Volksentscheiden, diese beiden Tatsachen sollten diesen Zeitaufwand wert sein. Mit Volksentscheid greifen Bürger oft Probleme auf die Politiker verschlafen haben und die Erfahrung aus anderen Ländern zeigt, dass das Volk sparsamer mit den Mitteln des Staates umgehen als Politiker, sodass Direkte Demokratie zu geringeren Staatsverschuldungen und mehr Effizienz der Verwaltung führt. Die Kosten von Volksabstimmungen sind im Gegensatz dazu bescheiden und vor Allem ist die Direkte Demokratie eine sinnvolle Investition.
Natürlich wird die Direkte Demokratie den Bundestag nicht ersetzen, dieser wird nach wie vor 99% der Entscheidungen treffen. Ein Volksentscheid finden nur statt wenn eine ausreichende Zahl von Bürger und Bürgerinnen in einem Volksbegehren dies verlangt. Ansonsten finden Volksabstimmungen nur über wichtige Themen, wie zum Beispiel Rente, Bildung und Steuerreform, statt.
Das Gegenargument Probleme würden auf reine Ja/Nein Entscheidungen verkürzt, ist nicht ganz richtig. Im Endeffekt wird auch im Bundestag nur in Form von Ja oder Nein entschieden. Der Gesetzentwurf von „Mehr Demokratie e.V.“ soll aber Kompromisse zulassen. Die Initiatoren können ihren Vorschlag nach der Volksinitiative ändern damit sie auch Erkenntnisse aus den Diskussionen mit dem Parlament berücksichtigen können. Außerdem kann auch das Parlament einen eigenen Vorschlag zum Volksentscheid

vorlegen (einen Konkurrenzvorschlag). Dadurch hat die Bevölkerung eine größere Auswahlmöglichkeit und die Volksabstimmung wird flexiblere.
Das Argument mit der Volksabstimmung würden Verantwortlichkeiten verwischt ist nicht berechtigt. Wenn Politiker eine falsche Entscheidung treffen, können sie zurücktreten oder werden abgewählt. Wenn das Volk eine falsche Entscheidung trifft, muss es das vor sich selber verantworten und kann daraus lernen. Egal, wer eine Entscheidung trifft, Volk oder Parlament, die Folgen tragen die betroffenen Menschen. (vgl. Mehr Demokratie e.V., 2003, Seite 8 f)

4. Die Umsetzung

4.1. Die tägliche Straßenarbeit

Der Omnibus ist ein großes fahrendes Kunstwerk. Überall sind kleine Kunstwerke versteckt, so wie die immer frische Rose beim Lenkrad. Im oberen Stock des Doppelstockbusses sind fünf Schlafplätze und eine kleine Waschzelle mit Waschbecken, Dusche und Toilette und unten eine Kücheneinheit. Also leben und arbeiten die Mitarbeiter in diesem Bus in der Zeit in der sie mitfahren, außer der Busfahrer. Der fährt die ganzen neun Monate mit.
Die Aufgabe der Mitarbeiter ist es bei ihrer Arbeit mit den Menschen über die Idee der Volksabstimmung und Direkten Demokratie zur reden, Unterschriften dafür zu sammeln und auch Telefonnummern potenzieller Förderer zu bekommen. Menschen werden nicht platt angesprochen, wie das vielleicht bei anderen Infoständen so ist, sondern die Menschen sollen selber kommen und fragen stellen. So bekommen die Gespräche eine andere Intensität. Jeder Mensch ist anders und so denkt jeder anders über Politik und versteht eine andere Erklärung besser warum Volksabstimmung so wichtig ist. Aber eins haben sie fast alle gemeinsam: Sie sind unzufrieden mit der Politik. Ziel ist es also nicht nur eine Unterschrift zu bekommen, sondern in den Menschen etwas angeregt zu haben, das Gefühl

Abbildung Nummernkreis Abbildungprivates Foto

das sie mit ihrer Unzufriedenheit nicht alleine sind und es Wege gibt etwas zu verändern.

4.2. Die Förderung

Bei jedem Gespräch muss auch das Thema der Förderung erwähnt werden, denn der Omnibus fährt nicht von alleine, sondern braucht die Unterstützung von Förderern. So hat der Omnibus schon auf seiner Fahrt einen Förderkreis von 2500 Menschen aufgebaut. Dabei ist es wichtig, dass wenn Menschen den Omnibus das erste mal sehen, kennen lernen, mit der Idee der Direkte Demokratie in Berührung kommen, nicht abgeschreckt werden mit dem Gefühl, dass ihnen das Geld gleich aus der Tasche gezogen wird. Deswegen wird jeder, der zum Omnibus kommt, mit Infobroschüren ausgestattet und ganz unverbindlich nach seiner Telefonnummern gefragt. Nach ein paar Wochen, in denen die Personen dann ausreichend Zeit hatten die Broschüren durchzulesen, werden sie angerufen und auf die Förderung angesprochen. Dabei gibt es keinen festen Betrag, sondern jeder kann nach seinen Möglichkeiten regelmäßig Geld zur Verfügung stellen, sodass der Omnibus im Sinne der Bürger von den Bürgern finanziert weiter seine Wege durch Deutschland fahren kann.

4.3. Praktikum für Schüler

Seit Winter 2003/04 gibt es die Möglichkeit für Schüler und Studenten den Omnibus als Praktikant eine Zeit lang zu begleiten und das Leben im Bus mit zu erleben. Volksabstimmung ist ein Thema, dass in den Schulbüchern sehr vernachlässigt wird und deswegen bietet sich der Omnibus als Lern- und Erfahrungsfeld an. „Gemeinsam mit [den Schülern] hoffen wir dann, lebendige und zeitgemäße Formen der Vermittlung unserer Inhalte entwickeln zu können, um Zugang zu unserer Zukunft zu finden und miteinander Demokratie und Verantwortung zu lernen.“ (www.omnibus.org) Die Praktikanten sollen ihre Erfahrungen an ihre Altersgenossen weitergeben und so die Idee der Direkten Demokratie für die jüngere Generation interessant machen, damit die Direkte Demokratie in Bewegung kommt. „Ich kann ein Praktikum am Omnibus jedem wärmstens empfehlen und hoffe, dass viele Jugendliche diese Chance ergreifen um die Welt mal von einem anderen, sehr intensiven, Standpunkt zu erleben und so viele Erfahrungen zu sammeln.“ (Jonathan Niessen) Die Erfahrungen mit jungen Menschen im letzten Jahr waren alle sehr positiv und dieses Angebot soll auch im diesem Jahr ausgeweitet werden.

4.4 Eigene Erfahrungen als Praktikantin

Im Sommer 2004 war ich für 10 Tage mit auf dem Omnibus und bin mit den Mitarbeitern Regine, Martin und dem Busfahrer Werner nach Sylt gefahren. Es war ein beeindruckendes Erlebnis. Am Anfang war ich etwas verunsichert mit den Leuten zu reden, hatte Angst auf Gegenargumente nicht wechseln zu können, deswegen hörte ich die erste Zeit nur zu. Das Thema Geld und Fördermitglieder machte mir anfangs auch noch Probleme, weil ich genau weiß, wie lästig es ist immer aufs Geld angesprochen zu werde und man schnell das Gefühl bekommt, dass die Person, mit der man redet, nur hinter dem Geld her ist. Werner schlug mir vor selber Fördermitglied zu werden mit dem Tip, dass es dann bestimmt besser geht. Genau so war es dann und jetzt unterstütze ich mit 5 € den Omnibus im Monat. Dann machte es mir richtig Spaß mit den Leuten zu reden. Ich merkte, dass die Menschen unzufrieden sind. Sie sind nicht desinteressiert an Politik, sondern sie sind unzufrieden mit den Politikern und fühlen sich als Bürger mit ihren Interessen von den Politikern nicht richtig vertreten. Allerdings sind die auch unsicher, hilflos und wissen nicht wie sich wehren können. Da ist der Omnibus genau das richtige, eine Art Ventil. Manche Menschen kamen auch nur um sich ihren Frust vom Leib zu reden. Ich habe in meiner Zeit mit dem Omnibus gelernt die Menschen nicht nach ihrem Aussehen gleich in Schubladen zu stecken, denn bei den Gesprächen stellte sich meist heraus, dass meine Vorurteile unberechtigt waren. Ein weitere Erkenntnis aus dieser Zeit ist, dass man sich mit Tatsachen nicht einfach abgeben soll, sondern für seine Vorstellungen immer kämpfen muss und nicht aufgeben darf. Beim Omnibus habe ich etwas gefunden, wo ich das Gefühl habe, etwas bewegen zu können, auch wenn es noch ein langer Weg ist bis zur bundesweiten Volksabstimmung, aber gute Dinge brauchen immer ihre Zeit. In den nächsten Sommerferien will ich wieder mitfahren.

5. Die Erfolgsaussichten

Die Aussichten für die Zukunft sind gut. Durch die Kontinuität mit der der Omnibus durchs Land fährt, erfahren immer mehr von der Idee der Direkten Demokratie und ihrem Recht auf Abstimmung. Viele Menschen sind mit den Politikern unzufrieden, besonders durch die hohe Arbeitslosenzahlen und dadurch dass sich die Versprechen der Politiker sich als leer herausgestellt haben. Das Volk fühlt sich nicht richtig vertreten. Das ist genau der Zeitpunkt in dem wir die Volksabstimmung brauchen, um unseren eigenen Willen auszudrücken. Jeder, der den Omnibus kennen lernt, jeder der sich für diese Idee begeistern kann und jeder der den Omnibus finanziell unterstützt, ist ein Erfolg.

5.1 Die bisher erzielten Erfolge

Der Omnibus sammelt unentwegt Unterschriften. 2003 wurden auch schon 100.000 Unterschriften dem Bundestag überreicht. Aber mit Unterschriften lässt sich leider keine Volksabstimmung auf Bundesebene erzwingen.

Es ist auf jeden Fall ein Erfolg wenn sich die Politiker mit dem Thema Volksabstimmung auseinandersetzen. Im Sommer 2002 stimmten erstmals seit 1949 die Mehrheit (SPD, Grüne,PDS und Teile der FDP) des Bundestages für die Volksabstimmung, aber trotzdem reichte es nicht aus, weil die Stimmen der CDU/CSU für eine Zweidrittelmehrheit fehlten und damit für eine Grundgesetzänderung. Aber es gibt auch CDU/CSU Politiker, die für die Volksabstimmung sind, dazu zählen zum Beispiel Edmund Stoiber. Es war nicht das letzte Mal, dass über die Einführung der Volksabstimmung im Bundestag abgestimmt wurde. Jetzt gilt es die Stimmen der CDU zu gewinnen und dann wird es nur noch eine Frage der Zeit sein bis der Bundestag der direkten Demokratie zustimmt, denn die Zustimmung wächst nicht nur im Volk, sonder auch bei Politikern, in der Wissenschaft und in den Medien.

Der Omnibus unterstützt viele Initiativen die auf Landes- oder Kommunalebene Gesetzesentwürfe zu verschiedenen Themen zum Volksentscheid bringen wollen. Viele davon sind auch erfolgreich. Die beiden, die sehr oft als bedeutende Volksabstimmungen erwähnt werden und die den Weg zur Direkten Demokratie erleichtert haben, möchte ich an dieser Stelle weiter erläutern.

5.1.1 „Mehr Demokratie in Bayern“

In Bayern wurde am 1. Oktober 1995 die Volksabstimmung „Mehr Demokratie in Bayern“

von 58% der Wähler angenommen. Seit 1946 gibt es in Bayern das Recht auf Volksabstimmung auf Bundesebene. Mit dem durchgesetzten Gesetzentwurf wurde nicht nur die Direkt Demokratie in den Gemeinden und Landkreisen eingeführt, sondern es ist auch die modernste Regelung von Volksabstimmungen.

www.omnibus.org

Im Gegensatz zu den anderen Bundesländern ist der Ausschlusskatalog von Themen kleiner. Mit Sachsen und Hessen darf nur in Bayern in den Gemeinden über Bauleitpläne und Flächennutzungspläne und allein nur in Bayern darf über Gebühren und Abgaben abgestimmt werden. Für das Bürgerbegehren werden 3-10% Unterschriften der stimmberechtigten Bürger benötigt, die frei und ohne Frist gesammelt werden können. Beim Bürgerentscheid ist die Zustimmungsklausel von 10-20% nach Hamburg die kleinste. Auf Landesebene zeichnet sich die gesetzliche Regelung in Bayer dadurch aus, dass es bei Volksentscheiden über einfache Gesetze kein Quorum gibt und bei Verfassungsänderungen das Quorum von 25% das kleinste bundesweit ist.

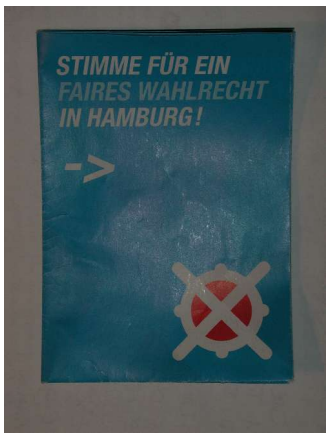
Im Vergleich hat Bayer die beste Regelung mit der Volksabstimmung „Mehr Demokratie in Bayern“ bekommen. Allerdings sind die Hürden immer noch sehr hoch, dass es 2002 nur fünf Volksbegehren zum Volksentscheid schafften und acht Initiativen scheiterten an der 10%-Hürde in Zusammenhang mit der zweiwöchigen Sammelfrist in Amtsstuben.

5.1.2 „Faires Wahlrecht für Hamburg“

Hamburg ist das letzte Bundesland das 1996 erst den Volksentscheid eingeführt hat. Das Wahlrecht der Hamburger war aber das unfairste. Bei Bürgerschaftswahlen konnten die Bürger nur ihre eine Stimme der einen oder anderen Partei geben. Wahlkreise gab es nicht. Das hatte zur Folge, dass die Politiker in ihrer Partei nur eine gute Figur machen mussten, um einen sichren Listenplatz zu bekommen und die Bürger darauf keinen Einfluss hatten, wer Abgeordneter wurde.

Der Gesetzentwurf besagt, dass sich alle 121 Abgeordneten direkt wählen lassen. 71 Abgeordnete sollen in 17 Wahlkreisen mit jeweils drei bis fünf Wahlkreisabgeordneten, 50 über die Landeslisten gewählt werden. Alle Wahlberechtigten bekommen zwei Mal fünf Stimmen. Fünf für die Wahlkreiskandidaten und fünf für die Kandidaten auf der Landesliste. Diese Stimmen können auf die von Parteien aufgestellten Wahlkreis- und Listenkandidaten verteilt werden. Sichere Listenplätze gibt es dann nicht mehr. (vgl. www.faires-wahlrecht.de)

Dieser Gesetzentwurf bekam beim Volksbegehren im September 2003 knapp 81.000 Unterschriften von den Hamburgerinnen und Hamburger, obwohl schon 60.375 gültige Unterschriften gereicht hätten. Dann am 13.6.2004 stimmten mit einer 2/3 Mehrheit der Abstimmenden für ein faires Wahlrecht. Damit hat Hamburg jetzt nicht mehr das schlechteste, sondern das beste und fairste Wahlrecht in Deutschland.



Flugblatt

5.2 Laufende Aktion

Bei den täglichen Gesprächen ist in den letzten Jahren aufgefallen, dass viele Menschen erzählt haben, dass sie nicht wissen, wen sie wählen sollen, weil ihnen keine Partei zusagt und sie deswegen ihre Stimme ungültig machen, nicht wählen oder nach dem Wählen ein schlechtes Gewissen haben. Aus diesem Grund wurde eine Aktion ins Leben gerufen mit dem Namen „Aktion Wahlstreik! Für das Recht auf bundesweite Volksabstimmung“. Die Idee dieser Aktion ist es nicht zu wählen, den Politikern keinen Auftrag zu erteilen bis sie die dreistufige Volksgesetzgebung, die Volksabstimmung einführen. Damit soll nicht aufgefordert werden in Zukunft nicht mehr zu wählen, sonder dem Wählen soll wieder ein Sinn gegeben werden.

Alle vier Jahre bei den Wahlen gibt es eine gewisse Zahl von Nichtwählern. Natürlich ist diese Anzahl von Nichtwählern für jeden öffentlich zugänglich, aber es wird nicht weiter darauf eingegangen, warum diese Menschen nicht gewählt haben, sonder sie werden als politikverdrossen oder politikdesinteressierte dargestellt, obwohl sie meist nur politikerverdrossen sind und keinem, der ihnen nicht vollends zusagt, mit ihrer Stimme Macht geben wollen.

Die „Aktion Wahlstreik!“ beinhaltet zwei Schritte: Zum Einen gibt es fertig gedruckte Postkarten für den Bundestag mit der Aufforderung bis zur nächsten Wahl die dreistufige Volksgesetzgebung auf Bundesebene einzuführen und zum Anderen kann man seine Wahlbenachrichtigung an den Omnibus für direkte Demokratie senden und dieser wird diese dann öffentlich machen.

Exemplar einer fertigen Postkarte

„Drei Gründe für die Aktion Wahlstreik

1. Das Nein ist ein Ja: Wir Bürgerinnen und Bürger drohen jetzt den Wahlstreik an, damit wir in Zukunft durch Wahlen und Abstimmungen gestalten können. Der Einzelne tritt aus, damit alle eintreten können. Unsere Politiker werden die Probleme nicht mehr lösen, das können wir nur gemeinsam tun.
2. Wir machen Ernst: Wir haben noch keine bundesweite Volksabstimmung, weil wir diese nicht nachhaltig einfordern. Die Parteien führen die Volksabstimmung nicht freiwillig ein. Mit der Aktion Wahlstreik setzen wir die Volksabstimmung in der Prioritätenliste ganz nach oben.
3. Wir nehmen uns selbst Ernst: Viele Wähler haben ein schlechtes Gewissen, weil sie gewählt haben. Viele Nichtwähler haben ein schlechtes Gewissen, weil sie nicht gewählt haben. Mit der Aktion Wahlstreik können wir uns selbst und zu unserer Verantwortung stehen.“ (Omnibus g GmbH für Direkte Demokratie, Flugblatt, 2004)

Die Idee für diese Aktion stammt von Joseph Beuys, Jonas Hafner und Johannes Stüttgen die schon 1970 zur Wahlverweigerung aufgerufen hatten.

Ich persönlich habe aus aktuell politischen Gründen eine etwas gespaltene Meinung zu dieser Aktion. Natürlich sind mir die Beweggründe nicht zu wählen, solang die Volksabstimmung nicht eingeführt wird, klar. Warum sollte ich jemanden wählen, der mich vertreten soll, aber nicht das macht was ich will und zwar will ich die Volksabstimmung. Allerdings gibt es zur Zeit wieder Bedenken, dass die rechtsorientierten Parteien zu viele Macht bekommt auf Grund ihrer Wahlerfolge in den neuen Bundesländern. Die Wahlerfolge sind darauf zurückzuführen, dass die Wahlbeteiligung so gering war und dadurch der prozentuale Anteil der NPD und DVU Stimmen höher als normal war, denn NPD und DVU Wähler sind Standardwähler die immer wählen. Genauso ist es auch bei der Bundestagswahl. Wer seine Stimme nicht abgibt, gibt dadurch den Rechten einen Vorteil. Der Omnibus, der absolut nichts mit Rechts zutun hat, spielt also mit seiner Aktion Wahlstreik den rechten Parteien mit ihren Standardwählern in die Hände, obwohl das gar nicht das Ziel ist. Durch das Verweigern seiner Stimmabgabe bestimmt man nicht die Sitzverteilung im Bundestag und je geringer die Wahlbeteiligung ist, desto größer ist der Erfolg von NPD und DVU. Allerdings ist es noch ein bisschen hin bis zur nächsten Bundestagswahl, das Thema hat sich bis dahin bestimmt wieder gelegt und vielleicht ist bis dahin die NPD schon verboten. Ob jemand nicht wählt, um die Volksabstimmung einzufordern oder wählt um die rechten Parteien zu verhindern, muss jeder für sich selber abwägen.

III. Fazit

Diese Facharbeit hat mich viel Arbeit, Zeit und Mühe gekostet, aber es hat sich gelohnt. Diese Arbeit ist eine Bereicherung für mich, weil ich viel über die Direkte Demokratie gelernt habe, ich habe mich das erste Mal mit Joseph Beuys beschäftigt, wenn auch nur ansatzweise, ich habe meine Erfahrungen vom Praktikum verarbeitet und ich habe erfahren, dass wir ein Recht haben auf Volksabstimmung, es aber keine Möglichkeit gibt diese einzuklagen und dafür müssen wir uns stark machen!! Viele wissen gar nicht von ihren Rechten und deswegen würde ich mich sehr freuen, wenn der Omnibus auch mal nach Torgelow kommt und alle Torgelow Schüler davon erfahren. Alles und Jeder entwickelt sich weiter und auch unsere Regierungsform sollte sich weiterentwickeln, denn heutzutage ist ganz klar zu sehen, dass sich die Parteien gegenseitig blockiert und nicht mehr weiterkommt. Zu dieser Weiterentwicklung muss die Einführung der bundesweiten Volksabstimmung gehören. Die Politiker sollen für und nicht gegen das Volk sein. Sie sollen dem Volk mehr Eigenständigkeit und Selbstverantwortung ermöglichen und ihnen endlich das Recht auf Volksabstimmung geben. Direkte Demokratie ist nichts, wovor man Angst haben braucht, sondern etwas positives, wie die Schweiz zeigt und wir Deutschen sind genauso in der Lage unsere eigenen Entscheidungen zu treffen und zu verantworten.

Privates Foto: Ausblick von der Fähre von Sylt zurück ans Festland

IV.Anlagen

1. Quellenverzeichnis

Brockhaus GmbH: Brockhaus in fünfzehn Bänden. Band 3, Leipzig-Mannheim 1997/1999

Mehr Demokratie e.V. (Hrsg): 1. Volksentscheid- Rankling. Die direktdemokratischen Verfahren der Länder und Gemeinden im Vergleich, Berlin 2003

Mehr Demokratie e.V. (Hrsg): Direkte Demokratie. Argumente, Praxis, Vorschläge, München 2003

Oman, Hiltrud: Joseph Beuys. Die Kunst auf dem Weg zum Leben, München 1998

Omnibus g GmbH für Direkte Demokratie, Schloß Freudenberg- Gesellschaft Natur und Kunst, g e.V. (Hrsg): Omnibus, Wangen/Allgäu 2001

Omnibus g GmbH für Direkte Demokratie (Hrsg): Omnibus 2002, Kempten 2003

Omnibus g GmbH für Direkte Demokratie (Hrsg): Informationsblatt „Aktion Wahlstreik“, Kempten 2004

Praktikumsberichte aus der Privatsammlung von Werner Küppers

Redaktion Schule und Lernen (Hrsg): Duden. Schülerduden Politik und Gesellschaft, Mannheim 2001

Szeenmann, Harald: Beuysnobiscum, Dresden 1997

www.bpb.de/wissen/GCPPG8,0,0,Direkte_Demokratie.html (Stand: 03.02.2005)

www.bundestag.de/interakt/glossar/181210.html(Stand: 03.02.2005)

www.datenschutz-berlin.de/recht/ :(Stand: 27.12.2004)

www.muenster.org/kantgym/alte-hp/projekt/p-ffg/p-ffg06.htm (Stand. 02.03.2005)

www.faires-wahlrecht.de (Stand: 03.02.2005)

2. Selbstständigkeitserklärung

Ich erkläre hiermit, dass ich diese Facharbeit ohne fremde Hilfe angefertigt habe und nur die im Quellenverzeichnis angeführten Quellen und Hilfsmittel benutzt habe.

_____ _____

Ort und Datum Unterschrift